



PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.

Presseerklärung
21. März 2011

Internationaler Antirassismustag am 21. März 2011 **Interkultureller Rat in Deutschland und PRO ASYL fordern ein Ende der sozialen Ausgrenzung von Flüchtlingen: Menschen wie Menschen behandeln!**

Aus Anlass des Antirassismustages fordern der Interkulturelle Rat in Deutschland und PRO ASYL ein Ende der sozialen Entrechtung von Flüchtlingen. Die in 80er und 90er Jahren installierte Abschreckungspolitik in Form von staatlich organisierter Diskriminierung, Lagerunterbringung und der Begrenzung der Bewegungsfreiheit durch die sog. Residenzpflicht müssen beendet werden. Dies fordern die beiden Organisationen in einem öffentlichen Aufruf.

Über 80.000 Menschen werden in Deutschland durch das Asylbewerberleistungsgesetz an den äußersten Rand der Gesellschaft gedrängt. Sie erhalten Sozialleistungen, die durchschnittlich um mehr als 38 % unter dem liegen, was Menschen im Hartz IV-Bezug zur Existenzsicherung zugestanden wird. 24.000 Kinder wachsen in gesetzlich vorgesehener Armut auf.

Zehntausende von Flüchtlingen werden zwangsweise in oft abgelegenen, heruntergekommenen Lagern untergebracht und mit Sachleistungen, z.B. mit Lebensmittelpaketen zwangsversorgt.

Immer wieder fordern die Betroffenen das, was die Politik ihnen verweigert: ein ganz normales Leben. Der Interkulturelle Rat in Deutschland und PRO ASYL rufen zur Solidarität mit dem Einsatz der Betroffenen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde auf. Sie thematisieren deshalb die Lebenssituation von Flüchtlingen während der diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus, die vom 14.-27. März stattfinden.

Die Broschüre [„Menschen wie Menschen behandeln! – Flüchtlinge in Deutschland: Für soziale Teilhabe und ein Leben in Würde.“](#) zum Download.

Der Aufruf [„Schluss mit der sozialen Entrechtung von Flüchtlingen! Für ein Leben in Würde.“](#) zum Download.

Kontakt:
Tel.: 069 23 06 95 / E-Mail: presse@proasyl.de

Postfach 16 06 24
60060 Frankfurt / Main

Telefon: 069/23 06 95
Telefax: 069/23 06 50

Internet: www.proasyl.de
E-Mail: presse@proasyl.de